Studierendenzeitung der Humboldt-Universität zu Berlin seit November 1989 Juni 2014 Nr. 225

UnAuf

GEFORDERT

HU BERLIN

STUMMER SCHREI

Ein Jahr nach den Enthüllungen von Edward Snowden beginnt die Diskussion um Überwachung zu verhallen. Warum Universitäten mehr für das freie Netz tun müssen.

Empört HU-Professor Martin Heger über Missstände an Berliner Hochschulen.

Verklagt Magister- und Diplomstudierende wehren sich gegen drohende Exmatrikulation.

JA, ICH WILL!

Ich will die

UnAufgefordert kostenlos

abonnieren!

Eure Abonnements ermöglichen es uns, weiter kritisch zu berichten. Eine große Leserschaft zeigt, dass unser Journalismus einen hohen Stellenwert hat. Das hilft uns, von unseren Gesprächspartnern ernst genommen zu werden.

Deshalb unterstütze uns!

Das Abonnement ist kostenlos.

Einfach bestellen auf

www.UnAufgefordert.de

Editorial

Hallo? Hört uns jemand? Zumindest bei der NSA hegen wir große Hoffnungen, dass sie auch dieses Vorwort scannt. Ein Jahr ist es her, dass Edward Snowden öffentlich gemacht hat, in welchem Ausmaß Geheimdienste unsere Kommunikation überwachen. Viele waren empört, doch die Diskussion gewann nie so richtig an Schwung. Warum Universitäten anfangen sollten, die richtigen Fragen zu stellen, erfahrt ihr in unserem Titel ab Seite 8.

Im vergangenen Monat veröffentlichten zwei Professoren der HU im Tagesspiegel den vielbeachteten Artikel „Danke, es reicht“, in dem sie mit der aktuellen Bildungspolitik abrechneten. Wir haben mit Professor Heger über die Reaktionen auf den Text und seine Wünsche für die Zukunft gesprochen. Das Interview gibt es ab Seite 18.

Umstritten ist an der HU auch das Auslaufen der Magisterstudiengänge. Betroffene wollen ihr Studium noch zu Ende bringen und verklagen nun die Uni. Was es damit auf sich hat, lest ihr auf Seite 21.

Abschließen möchten wir mit einem ganz besonderen Dank an die Firmen D-Link und Western Digital – sie haben uns ermöglicht, unseren neun Jahre alten Redaktionsserver endlich in die digitalen Jagdgründe zu schicken. Ausgestattet mit der neuesten Technik hoffen wir nun, euch wieder mal eine spannende Ausgabe präsentieren zu können und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Eure UnAuf

D-Link® Building Networks for People

Western Digital®

MITARBEITER DES MONATS

Foto: Privat

Sarah Lederer, 23
Biologie, Fundraiserin

Als Fundraiserin der UnAuf ist Sarah dafür zuständig, Förderer und Spender für unsere verschiedenen Projekte zu gewinnen. Momentan formuliert sie eifrig Förderanträge für die nächsten Rechercheprojekte rund um das 25-jährige Jubiläum der UnAuf im November. Aber Sarah schreibt nicht nur fleißig Projektanträge und entwirft Spendenaufrufe für unsere Auslandsprojekte, sie unterstützt uns auch sonst tatkräftig im Redaktionsalltag: In der Schlussredaktion versorgt sie uns mit Keksnachschub und Rotwein und hat immer ein paar aufmunternde Worte parat, wenn mal gerade nicht alles am Schnürchen läuft. Danke dafür!

Foto: Niklas Maamar

Bruno, der Problemserver (9), leistete bisher treue Dienste.

Impressum:
Die Studierendenzeitung der Humboldt-Universität zu Berlin. Erstmals erschienen am 17. November 1989. Beste deutschsprachige Studierendenzeitung 2005 und 2008.
Herausgegeben vom: Kuratorium des Freundeskreises der UnAufgefordert e.V.
Verantwortlich für diese Ausgabe: Johannes Metternich, Miriam Lenz (Chefredaktion), Niklas Maamar (Chef vom Dienst), Lena Fiedler, Josephine Schulz (Schlussredaktion)
Redaktion: Hannes Schrader, Sophia Sorge, Carolin Finkemeyer, Alena Maschke, Sandra Malter, Malaika Jores, Elisa von Hof, Sebastian Beug, Ann-Kristin Grobe, Charlene Rautenberg

Anzeigen: Sarah Lederer, werbung@unauf.de
Satz: Tiziana Krüger **Online-Ressortleiterin:** Mara Hofner
Titelbild: Niklas Maamar **Titelmodel:** Natalie Hurthe
Die UnAufgefordert wird gefördert von der BMW Stiftung, dem Deutschen Fachjournalisten-Verband, der Humboldt-Universitäts-Gesellschaft und Funkpalast Musik.
Kontakt: Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin,
Telefon: 030-20932288, Fax: 030-20932754,
www.unauf.de, redaktion@unauf.de

Kostenloses Abonnement: www.unauf.de/abo

Öffentliche Redaktionssitzungen: Montags um 18:30 Uhr in der Redaktion, Invalidenstraße 110, Raum 118
Druck und Belichtung: Gemeindebriefdruckerei, Martin-Luther-Weg 1, 29393 Groß Oesingen
Auflage: 5.000
Für alle Fakten besteht das Recht auf Gegendarstellung in angemessenem Umfang. Nachdruck nach vorheriger Nachfrage möglich. Wir bitten um Quellenangabe und Belegexemplar. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Alle Artikel geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Mai 2014
Redaktionsschluss der Nr. 226: 16. Juni 2014

Inhalt

3 **EDITORIAL**
5 **KOLUMNE** Der Stadtneurotiker. Diesmal: Mein Optiker

NEWS

6 **MEHR GELD?**
7 **MEHR GELD!**

TITEL

8 **ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT**
Wie Hochschulen mit den NSA-Enthüllungen umgehen.

14 **"EIN UNSICHTBARER SICHERHEITSGURT"**
Web-Entwickler und Blogger Felix Schwenzel im Gespräch.

POLITIK

16 **MEINUNGSSACHE** Dr. Andreas Keller
WIE BITTE? Harald Range

17 **OH DU FREIHEITLICHE / OH DU DEMOKRATISCHE**
An der Universität Potsdam werden Studierende vom Verfassungsschutz beobachtet.

18 **"ES GEHT UM DIE VERWIRKLICHUNG DES HUMBOLDTSCHEN BILDUNGSIDEAL"**
HU-Professor und Tagesspiegel-Gastautor Martin Heger im Interview.

STUDIEREN

20 **...UND WAS MACHT MAN DANN DAMIT?** Musikwissenschaft und Russistik
GLOSSE Diskriminiernix
DAMALS UNTER DEN LINDEN

21 **HART AUF HART**
Diplom- und Magisterstudierende wehren sich vor Gericht gegen ihre drohende Exmatrikulation.

LEBEN

22 **PORTRAIT** Der Bibliothekar
RÜSCHTISCH JUT Der Ausblick von der Zionskirche
WO IST DAS?

23 **REZENSION:** Überwacht
REZENSION: Überwältigt

24 **LEBEN WOANDERS: FRANKREICH**
Eine Studentin berichtet von ihrem Erasmus-Semester in Nizza.

26 **WORAUF WARTEST DU?**
Ramadan

Der Stadtneurotiker
Diesmal: Mein Optiker

Unser Kolumnist findet sich oft schwer im Alltag zurecht. Manche Probleme, über die er schreibt, mögen für andere trivial erscheinen. Bei ihm sind sie Anlass für tiefe Identitätskrisen.

Text: Hannes Schrader
Illustration: Luise Spielhagen

Mein Optiker kommt mir immer zu nahe. Ich muss gelegentlich zu ihm, um neue Kontaktlinsen zu kaufen. Er nutzt dann meine Hilflosigkeit schamlos aus, um sich mir anzubiedern. Eigentlich umgibt mich in der Öffentlichkeit eine unsichtbare soziale Schutzblase: Sie reicht etwa eine Armlänge um meinen Körper herum, und zu ihr hat keiner Zutritt, den ich nicht gerade küssen möchte.

Meinen Optiker kümmert das nicht, er dringt regelmäßig in sie ein. Zwar hat er noch nie versucht, mich zu küssen, aber die Möglichkeit scheint er sich offen halten zu wollen. Er spricht dann mit mir, als würden wir uns ewig kennen und uns mindestens zweimal in der Woche auf einen Kaffee Latte im Café um die Ecke treffen. Tatsächlich sehe ich ihn alle drei Monate, trinke meinen Kaffee am liebsten schwarz und wenn möglich ohne Gesellschaft. Ich möchte ihm nicht erzählen, wie es mir geht, und es interessiert mich auch nicht, wie es ihm geht. Alles was ich will, sind meine Kontaktlinsen. Deshalb frage ich ihn auch nicht, wie es bei ihm „so läuft“ (seine Worte), was ihn allerdings nicht davon abhält, es mir jedes Mal zu erzählen. Zusammen mit dem Kompliment, wie gut mir doch die Brille stehe, die ich vor zwei Jahren bei ihm gekauft habe. Das bereue ich jedes Mal, wenn ich ihn sehe. Meine nächste Brille kaufe ich im Internet. Mein Optiker bricht eine der stillen Übereinkünfte des Großstadtlebens, denen man den reibungslosen Ablauf des urbanen Alltags verdankt: Man hat sich nicht für andere Menschen im öffentlichen Raum zu interessieren. Mein Briefträger, der Dönerverkäufer oder der Typ neben mir in der U-Bahn haben alle ihre eigenen Probleme, und kennen alle, wie ich, Personen, mit denen sie diese besprechen. Mein Optiker ist für mich keine dieser Personen. Ich klage schließlich auch nicht dem Dönerverkäufer meine Probleme mit der Univerwaltung. Warum? Weil ihm das total egal ist. Alles, was er von mir will, sind 3,50 Euro für den Döner. Und er stellt mir genau eine Frage: „Mit scharf?“ Ja, sage ich dann, lege die Münzen auf den Tresen und bin zufrieden. So wie er. Das ist ein Beispiel für einen geglückten großstädtischen Dialog.

Ich weiß nicht, wie ich mit meinem Optiker umgehen soll. Ich kann ja schlecht sagen: Kommen Sie mir nicht zu nah. Über schlechten Service kann man sich beklagen, aber über zu guten? Schwerlich. Deswegen hatte ich mich vor einiger Zeit entschieden, den Optiker zu wechseln. Ich habe mir extra einen ausgesucht, der sich im Gespräch auf das Wesentliche konzentriert. Ich war zwei Mal dort, er wusste, wann ich komme und was ich für Kontaktlinsen brauche. Mehr nicht. Einmal wollte ich mit ihm ein bisschen plaudern, erntete aber nur ernste Blicke. Danach war er mir leider schrecklich unsympathisch. Seitdem gehe ich wieder zu meinem alten Optiker. Ich bereue es jedes Mal, wenn ich ihn sehe.

NEWS

Mehr Geld?

Der Bund übernimmt die Finanzierung des BAföG und stellt eine Erhöhung in Aussicht.

Text: Sophia Sorge
Illustration: Karla Rohde

Die Große Koalition hat sich auf milliardenschwere Investitionen im Bildungsbereich verständigt. Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung am 27. Mai bekanntgab, sollen – wie im Koalitionsvertrag beschlossen – in den kommenden vier Jahren sechs zusätzliche Milliarden für Investitionen im Betreuungs- und Bildungsbereich zur Verfügung gestellt werden. Eine Milliarde davon wird in den Bereich Kindertagesstätten und Krippen gehen, die restlichen fünf Milliarden Euro sollen in Wissenschaft, Schulen und Hochschulen fließen. Geplant ist unter anderem eine Fortsetzung von Exzellenzinitiative und Hochschulpakt.

Kernpunkt des Programmes ist eine Reform der Bundesausbildungsförderung (BAföG). Ab 2015 soll diese komplett vom Bund finanziert werden, um die Länder zu entlasten. Diese trugen bisher 35 Prozent der Kosten. Durch die freiwerdenden Mittel in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro sollen den Ländern Möglichkeiten für zusätzliche Ausgaben im Schul- und Hochschulbereich verschafft werden, wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mitteilte. Gleichzeitig kündigte er eine Neuregelung der Kompetenzverteilung von Bund und Ländern im Grundgesetz an. Durch das Kooperationsverbot ist es dem Bund bisher mit wenigen Ausnahmen verboten, Schulen oder Hochschulen finanziell zu unterstützen.

Studierende könnten laut der Bundesregierung von dem Kompromiss profitieren, weil sie nicht auf langwierige Verhandlungen zwischen den Ländern um die künftige Höhe des BAföG warten müssen. Ab dem Wintersemester 2016/2017 soll es Bundesbildungsministerin Johanna Wanka zufolge zu einem Anstieg kommen, den sie aber nicht konkret beziffern wollte. Katharina Mahrt, Vorstand des freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs), hält die Erklärungen für zu vage. „Die BAföG-Reform ist ein Projekt für die Zukunft, kein Projekt in der Zukunft. Es gibt keinen Grund, warum die Studierenden selbst auf die notwendigsten Anpassungen noch zwei weitere Jahre warten müssen."

GESTARTET

Am 20. Mai 2014 unterzeichnete die Humboldt Universität zu Berlin den Vertrag zur Gründung des akademischen Zentraleuropanetzwerks "CENTRAL". Das "Central European Network for Teaching and Research in Academic Liaison" soll Studienprogramme etablieren, die von mehreren internationalen Universitäten gemeinsam entwickelt werden. Des Weiteren soll der wissenschaftliche Austausch über die Ländergrenzen hinweg gefördert werden. Partnerhochschulen des CENTRAL sind die Universität Wien, die Karls-Universität in Prag, die Universität Warschau und die Eötvös-Loránd-Universität Budapest. Derzeit wird nach internationalen Drittmittelprojekten gesucht.

LEN

ABGEBROCHEN

Im Mai veröffentlichte das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) zum siebten Mal eine Untersuchung über die Zahlen von Studienabbrechern. Die statistische Berechnung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist auf Basis des Absolventenjahrgangs 2012 erstellt worden.

Besonders schlecht schneiden in diesem Jahr – wie auch in den vergangen Jahren – die technisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge ab. Der Studie zufolge bricht fast jeder zweite Studierende das Mathe-Studium ab. Einziger Lichtblick: Die Abbruchzahl bei den Ingenieurswissenschaften ist binnen zwei Jahren von 48 Prozent auf gut ein Drittel gesunken. Deutlich weniger Studienabbrüche gibt es in den Fächern Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Etwa jeder Vierte bricht sein universitäres Studium ab, an Fachhochschulen ist es sogar nur jeder Siebte. Am seltensten abgebrochen wird das Medizinstudium – nur acht Prozent der Studierenden schmeißen den weißen Kittel hin.

LEN

Mehr Geld!

Die Zahl der Deutschlandstipendiaten ist deutlich gestiegen.

Text: Carolin Finkemeyer
Illustration: Josephine Schulz

Im vergangen Jahr wurden fast 20.000 Studierende an deutschen Hochschulen mit einem Deutschlandstipendium gefördert, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das entspricht einem Zuwachs von 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
Das Deutschlandstipendium ist eine Kooperation von Bund, privaten Stiftern und Universitäten, um Studierende zu fördern, die in ihrem Studium herausragende Leistungen erzielen und besonderes gesellschaftliches Engagement zeigen. Stipendiaten erhalten einkommensunabhängig einen monatlichen Betrag von 300 Euro, den Bund und ein privater Förderer jeweils zur Hälfte übernehmen. Die Universitäten sind dabei für die Verwaltung und das Einwerben der Gelder von privaten Spendern verantwortlich. Bisher beteiligen sich etwa drei Viertel aller deutschen Hochschulen an dem Programm, nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zuletzt auch verstärkt kleine Universitäten und Fachhochschulen. Insgesamt wurden 2013 mehr als 21 Millionen Euro von privaten Förderern gezahlt.
An der Humbolt-Universität zu Berlin (HU) können sich Studierende seit dem Sommersemester 2011 für das Deutschlandstipendium bewerben. Bis heute hat die HU 128 Stipendien vergeben und wurde darüber hinaus für ihr besonderes Förderungskonzept ausgezeichnet.
Kritisiert wird das Deuschlandstipendium unter anderem von der Linken. Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion, erklärte, die gestiegenen Stipendiatenzahlen seien kein Grund zum Feiern. Noch immer würden weniger als ein Prozent der Studierenden von dem Programm profitieren. Ursprünglich sollte der Anteil der Geförderten bei etwa acht Prozent liegen. Sie zitiert außerdem einen Bericht des Bundesrechnungshofs, der die Verschwendung der Fördergelder anprangert. 40 Prozent der Bundesmittel werden demnach für die Verwaltung, insbesondere für intensive Werbekampagnen ausgegeben.

ERFOLGREICH

In Deutschland sind knapp 600.000 Menschen in den Bereichen Forschung und Entwicklung beschäftigt. Das ergab der "Bundesbericht Forschung und Innovation 2014", den die Bundesregierung am 21. Mai vorlegte. In der alle zwei Jahre erscheinenden Studie wird die Entwicklung der Wissenschaft im internationalen Kontext untersucht. Deutschland nimmt demzufolge innerhalb Europas in vielen Bereichen eine Führungsrolle ein. Nirgendwo sonst werden so viele Patente angemeldet, bei forschungsintensiven Exporten wie Medikamenten oder Technologie liegt die Bundesrepublik sogar weltweit auf dem zweiten Platz. Dem globalen Wettbewerb um die besten Fachkräfte sieht Bundesbildungsministerin Johanna Wanka deswegen mit Zuversicht entgegen: „Deutschland ist zu einem der attraktivsten Standorte für Forschung und Innovation geworden. Diese Stärke hat großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg und der hohen Beschäftigung in unserem Land."

NIM

EHRENLOS

Ehrendoktor der Universität Rostock. Aus diesem Titel wird für Edward Snowden wohl vorerst nichts. Die Initiative der Philosophischen Fakultät, Snowden für seine NSA-Enthüllungen die Ehrendoktorwürde zu verleihen, scheiterte am Veto des Rektors Wolfgang Schareck. Dieser begründete seine Ablehnung mit der fehlenden wissenschaftlichen Leistung des Whistleblowers. Bloße Datenaufarbeitung sei kein Grund für eine solche Ehrung. Außerdem sei, so Schareck, das Ansehen bisheriger Träger der Ehrendoktorwürde gefährdet. Unter den Rostocker Würdenträgern ist etwa Bundespräsident Joachim Gauck, der die Auszeichnung für seine Leistungen bei der Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen erhielt.
Vertreter der Fakultät sehen Snowden als klassischen Aufklärer und nannten ihn den „Kolumbus des digitalen Zeitalters". Sie wollen deswegen an ihrem Vorhaben festhalten und nun die Rechtmäßigkeit der Absage des Rektors prüfen lassen.

JOS

Überwachung lauert heute hinter jeder Ecke.

Zurück in die Zukunft

Seit einem Jahr ist bekannt, in welchem Ausmaß der amerikanische Geheimdienst NSA und das britische GCHQ das Internet überwachen. Von Grundrechtsbrüchen, Überwachungshysterie und Spähradikalen war die Rede. Jetzt beginnt die Diskussion zu verhallen, scheinbar ohne Konsequenzen. Warum stört sich niemand daran und welchen Einfluss hat das auf unser vermeintlich freies Netz?

Text: Niklas Maamar, Lena Fiedler, Alena Maschke
Fotos: Niklas Maamar

Wir werden überwacht. Ein Jahr ist diese schlichte Erkenntnis nun alt. Edward Snowden, der seitdem fast täglich vom Titelblatt einer Zeitung auf uns schaut, brachte einen Stein ins Rollen, der sich zwischenzeitlich zur gigantischen Lawine entwickelt hat. Dank ihm ist klar, dass Überwachung kein Produkt der Fantasie von ein paar Spinnern, sondern sehr real ist. „Wir sagen Ihnen nicht alles, was wir machen oder wie wir es machen – aber jetzt wissen Sie es“, brachte es Keith Alexander, ehemaliger Chef der NSA, auf den Punkt. In kaum einem Land war die Empörung über diese Enthüllungen so groß wie in Deutschland. Von Grundrechtsbrüchen ungeahnten Ausmaßes war die Rede, vom totalitären Überwachungsstaat und der Stasi 2.0. Neben der großen Überwachung war jedes andere Thema klein, beherrschbar und irgendwie zu banal.

Nun beginnt der kollektive Aufschrei langsam zu verhallen. Es kommen weiterhin neue Dokumente ans Tageslicht, aber das Interesse scheint verflogen. Wir alle wissen, was die NSA kann, und sind mittlerweile von der Einsicht übermannt, dass sie alles, was technisch möglich ist, auch tut. Von dem “Skandal” bleibt nur das unbestimmte Gefühl zurück, dass etwas vollkommen schiefgelaufen ist. Der für seinen roten Irokesenschnitt bekannte Blogger Sascha Lobo sprach in einem seiner Vorträge von einem „Meteoriteneinschlag ins Netz“. Ein Einschlag, der ein großes Loch hinterlässt: „Das Internet ist kaputt“, schreibt er in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.

Trotzdem ist seit Snowdens Enthüllungen wenig passiert. Ein ganzes Land ist sich in seiner Empörung einig, aber niemand zieht Konsequenzen. Einer repräsentativen Studie von Forsa zufolge wollen nur elf Prozent der deutschen Bürger ihr Kommunikationsverhalten nach der Überwachungsaffäre verändern, den Anbieter für E-Mail oder Telekommunikation haben bisher sogar nur zwei Prozent gewechselt.

„Es existieren häufig nicht genügend Kenntnisse, um notwendige Veränderungen auf der technischen Seite voranzutreiben“, versucht Johann-Christoph Freytag, Professor für Datenbanken und Informationssysteme an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU), dieses Missverhältnis zu erklären. Sein Kollege Volker Roth von der Freien Universität (FU) spricht vom Effekt der erlernten Hilflosigkeit. Dem Gefühl, ohnehin nichts gegen die übermächtige Bedrohung ausrichten zu können. „Außerdem glauben viele Leute, sie selber seien nicht wichtig genug, um ein Ziel zu sein.“

Häufig wird diese Unbekümmertheit mit dem fehlenden Verständnis für das Internet erklärt. Unsere Gesellschaft bestehe mehrheitlich aus Menschen, die der Idee einer digitalen Vernetzung nichts abgewinnen können. Widerstand wird höchstens von der Generation der “Digital Natives” erwartet, die mit dem Internet aufgewachsen ist und seine technischen Möglichkeiten als selbstverständlich kennengelernt hat. „Studierende haben die Fähigkeit und in der Regel auch das politische Interesse, solche Prozesse zu analysieren und kritisch zu hinterfragen“, meint auch Saskia Sell. Sell ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsstelle Journalistik der FU und forscht unter anderem zur Kommunikationsfreiheit.

Universitäten waren die Keimzellen des Internets.

Hochschulen haben ein besonderes Verhältnis zum Internet. Um ihre Computerressourcen effizient zu nutzen, begannen in den 70er-Jahren die ersten Universitäten in den USA, ihre Rechner untereinander zu vernetzen. Telekommunikationsunternehmen wollten damals eine zentral gesteuerte Struktur durchsetzen, die sich leicht kontrollieren ließe. Die Universitäten setzten ihr Modell einer Verbindung dagegen, die über eine Vielzahl von verschiedenen Knotenpunkten läuft und so keine Kontrolle zulässt – so ging von ihnen die revolutionäre Idee eines freien, weltweiten Netzes aus. Gewissermaßen waren sie dadurch die Keimzellen des Internets. Heute sind die meisten Forscher vollständig auf die Technologie angewiesen, nur dank der Vernetzung und dem schnellen Austausch lassen sich hochkomplexe Projekte realisieren. Auch deshalb stehen sie zumeist an vorderster Front, wenn es darum geht, die Freiheit des so bedeutenden Netzes zu sichern. So sollte man meinen, dass sich zumindest hier Protest regt.

An der HU ist davon bisher nichts zu sehen. In der Vorlesung zum Thema Datenschutz von Professor Freytag haben sich die Teilnehmerzahlen nicht verändert. Studierende scheinen auch sonst kein Problem mit der Überwachung zu haben. Eher das Gegenteil ist der Fall. Nach einer Studie des Marktforschungsinstituts GfK sinkt die Sensibilität für Datenschutz, umso jünger die Befragten sind. Während bei Berufstätigen die Erkenntnis einsetzt, auf bestimmte Dienste im Sinne der Privatsphäre zu verzichten, gaben die jungen Teilnehmer fast einhellig an, den Umgang mit ihren persönlichen Daten nicht ändern zu wollen.

Diese Haltung konnte der Medienpädagoge Daniel Seitz bei seinen Untersuchungen häufig beobachten. Er fragte sich, warum Jugendliche die Vollüberwachung nicht stört. An der ge-

nerellen Protestmüdigkeit der Jugend könne das nicht liegen, war seine Hypothese. Als vor zwei Jahren das Handelsabkommen gegen Produktpiraterie (Acta) im Europäischen Parlament beschlossen werden sollte, gab es überraschend starken Widerstand. Mobilisiert durch virale Videokampagnen auf YouTube und organisiert über Facebook-Veranstaltungen zeigten die Digital Natives ihr Protestpotential. Sie stellten ihre Wut über die digitale Freiheitsbeschränkung nicht nur in den sozialen Netzwerken zur Schau, sondern trugen sie zu zehntausenden auf die Straße. Am Ende gab die Politik nach, die Pläne für das Abkommen wurden fallengelassen.

Die Schere im Kopf verhindert jede Form von Demokratie.

„Damals wurde eine neue ‚Generation Netzpolitik' ausgerufen", erzählt Seitz. „Mit Prism hat sich nun bewahrheitet, dass Netzpolitik für Jugendliche nach wie vor kaum ein Thema ist." Bei Acta ging es um eine konkrete Sorge der Beschränkung von Inhalten im Internet. Die Gefahr der Überwachung ist wesentlich subtiler und nicht so leicht greifbar. Niemand kann sie spüren oder an einem bestimmten Merkmal festmachen, und doch ist sie zu jeder Zeit da. Seitz spricht von der „Schere im Kopf". Dieses Modell beschreibt das Gefühl, beobachtet zu werden. „Wer über einen öffentlichen Platz geht, der von Kameras überwacht ist, verhält sich anders – ganz egal, ob auf der anderen Seite der Kamera jemand zuschaut oder nicht." Das Internet sei da keine Ausnahme. Wer permanent davon ausgehen müsse, dass jemand mitliest, kommuniziere unbewusst anders.

Saskia Sell sieht das als große Gefahr. Sie schätzt besonders die offene Art, mit der sich viele junge Menschen online begegnen und ihre Einstellung teilen. „Das zeugt von einer Angstfreiheit, wie sie hier vermutlich erst die dritte oder vierte Nachkriegsgeneration entwickeln konnte." Das diffuse Gefühl der Überwachung dagegen sorge für eine Veränderung des Kommunikationsverhaltens und nehme die Unbefangenheit im Austausch mit anderen. „Die letzte Konsequenz ist eine Gesellschaft des Schweigens", fasst Sell zusammen. „Das ist nicht nur beklemmend, es verhindert auch jede Form von Demokratie."

„Überwachung führt unweigerlich zur Selbstzensur."

Deshalb ist es auch ein Fehler, zu denken, man selbst sei nicht betroffen, findet Volker Roth. Ein grundlegendes Recht unserer Gesellschaft sei nicht nur die Freiheit des Denkens, sondern auch die Freiheit der Kommunikation. Er kann die Theorie der Schere im Kopf nur bestätigen: „Überwachung führt unweigerlich zu einer Selbstzensur."

„In Zukunft wird die Fähigkeit mit Verschlüsselung umzugehen, mindestens so wichtig sein, wie die Fähigkeit ein Auto sicher durch den Verkehr zu lenken", erklärt Roth. „Es ist essentiell, dass wir aktiv werden, um unsere Kommunikation zu schützen." Diese nimmt mittlerweile unfassbare Ausmaße an. Der technologische Fortschritt hat die Hürden, sich mitzuteilen und seine Meinung zu äußern, immer weiter gesenkt. Schon 2007 fand 97 Prozent der weltweiten Kommunikation über das Internet statt.

Über acht Terabyte E-Mails werden an der HU täglich verschickt.

An der HU hat sich die per E-Mail transportierte Datenmenge binnen fünf Jahren verdoppelt. Jeden Tag werden über die Leitungen des Computer- und Medienservices (CMS) der HU mehr

als acht Terabyte E-Mails verschickt. Geleitet wird der CMS vom 62-jährigen Professor für Informationsmanagment Peter Schirmbacher. Schon seit Jahren spricht er die Gefahren von Überwachung an, stieß aber bisher nur selten auf offene Ohren. Die Enthüllungen von Edward Snowden hätten Datenschutz erstmals in das Bewusstsein der breiten Masse gebracht. Schirmbacher spürt die gestiegene Sensibilität für das Thema, wünscht sich aber gerade von Studierenden, dass sie noch deutlich größer wäre.
Wenn er persönlich online kommuniziert, fühlt er sich schon lange nicht mehr sicher. „Eine E-Mail ist wie eine Postkarte. Jeder kann mitlesen." Eine Nachricht werde über unzählige Knotenpunkte geschickt, bis sie ihren eigentlichen Empfänger erreicht. An jedem dieser Punkte können Unbefugte mit geringem technischen Aufwand die Daten abfangen und mitlesen. Forschern, die ihre Ergebnisse an Kollegen verschicken wollen, empfiehlt er daher, auf E-Mails vollkommen zu verzichten. Nur über speziell gesicherte Server des CMS gäbe es zumindest eine hohe Wahrscheinlichkeit, die Daten sicher zu übertragen. Vielen ist dieser Weg allerdings zu aufwendig. Angeboten wird deswegen auch eine kostenlose Verschlüsselung, mit der über das Universitätsnetzwerk und auch mit Vertretern anderer Universitäten sicher kommuniziert werden kann. Dafür müssen beide Personen ein entsprechendes Zertifikat beantragt und auf ihrem Computer installiert haben. Die E-Mail wird dann auf dem Gerät des Senders so verschlüsselt, dass nur der Empfänger die Nachricht lesen kann. Am Ende, so sagt es Schirmbacher, sei die Nutzung immer eine Abwägung zwischen persönlicher Bequemlichkeit und Sicherheit – bisher entscheiden sich die meisten für den Weg des geringsten Widerstands. In der Verwaltung der HU besitzen 800 Mitarbeiter einen verschlüsselten E-Mail-Zugang, die meisten, weil es durch eine Dienstanweisung vorgeschrieben ist. Von den 30.000 Studierenden sind es noch deutlich weniger, eine verschlüsselte Kommunikation ist so selbst innerhalb der Universität kaum möglich.

Das Netz der Unfreiheit.

Wo früher die Universitäten Vorreiter waren, sind sie heute höchstens noch Durchschnitt. Neue, revolutionäre Ideen sucht man vergebens. Das Netz hat sich längst – wie gewünscht – verselbstständigt. Als Preis dafür büßt es zumindest in manchen Teilen seine Freiheit ein. Geheimdienste, Unternehmen und sogar die Politik haben Entwicklern den Rang abgelaufen und entscheiden über die Frage, in welche Richtung sich das Internet entwickelt. Es ist zum Netz der Überwachung, dem Inbegriff der Unfreiheit geworden, wie es die Schriftstellerin Juli Zeh in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte.
„Große Datenmengen können heute häufig in kurzer Zeit erzeugt, weitergegeben und mit anderen Daten verknüpft werden, so dass der Einzelne seine Kontrollmöglichkeit verliert", formuliert es Informatiker Freytag. Er sieht die zentrale Herausforderung in der digitalen Welt darin, den mächtigen Werkzeugen zur Datenverarbeitung mindestens genauso mächtige Werkzeuge zum Schutz der Privatsphäre an die Seite zu stellen. Wer offline Informationen über sich preisgibt, tue das nur aus Vertrauen zu seinem Gegenüber.

Hochschule für Medien
Kommunikation und Wirtschaft
University of Applied Sciences
H M K W

Lust auf ein Masterstudium im Bereich Medien?

Dann studieren Sie **ab dem Wintersemester 2014/15** in einem der drei Studiengänge:

· M.A. Art Direction
· M.A. Konvergenter Journalismus
· M.A. Wirtschaftspsychologie

Bewerben Sie sich jetzt!

leben. studieren. weiterkommen.

Campus **Berlin** Campus **Köln**

Weitere Informationen:
Campus **Berlin**
Fon: 030/46 77 693-30
studienberatung@hmkw.de
www.hmkw.de

Hochschule für Medien
Kommunikation und Wirtschaft
University of Applied Sciences
H M K W

Sonderkonditionen für Studierende!

Young Professional Coaching

Jetzt in die Zukunft investieren mit dem HMKW-Zertifikatskurs „Young Professional Coaching".

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.hmkw.de/weiterbildung/

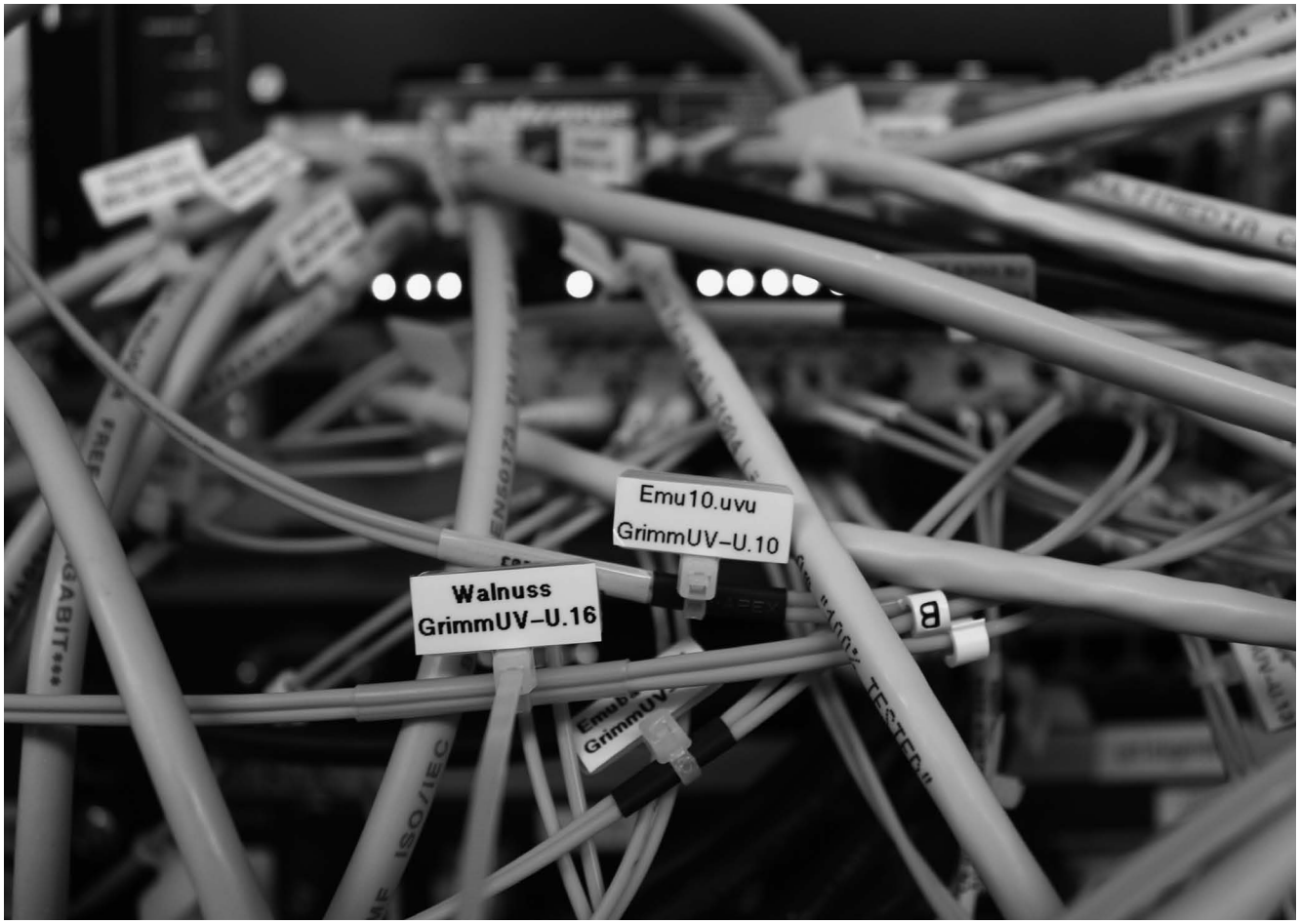
Oder rufen Sie uns an.

Wir freuen uns auf Sie!

Anzeige

HMKW
Fon: 030/46 77 693-30

info-berlin@hmkw.de
www.hmkw.de



Ein Äquivalent dafür fehle im Internet: „Rechnern kann man nicht vertrauen." Nur ein gesellschaftlicher Konsens über die Bedeutung von Privatsphäre, gerade bei der Auswertung und Weitergabe persönlicher Daten, könne das fehlende Vertrauen wettmachen.

Auch Schirmbacher wünscht sich an der Universität eine grundlegende Diskussion darüber, welche Bedeutung IT-Sicherheit haben soll. Verschlüsselung müsse eigentlich Standard, und nicht Ausnahme sein. Gerade bei Forschungsdaten stelle sich die Frage, wie diese sinnvoll abzusichern sind. Wichtig seien verbindliche Standards und unabhängige Kontrolleure der Sicherheitsinfrastruktur. Um das zu erreichen, solle zuerst einmal im Akademischen Senat der HU eine neue IT-Ordnung beschlossen werden, die aktuelle stammt noch aus dem Jahr 1996.

„Wir müssen am politischen Klima arbeiten."

Wenn schon im Kleinen die Änderungen so langsam ablaufen, ist es kaum verwunderlich, wie wenig die gesellschaftliche Diskussion in Schwung kommt. Wir laufen den technischen Entwicklungen eher hinterher, als sie anzuschieben. Dabei stellt uns Überwachung vor grundlegende Fragen über unser Verständnis von Demokratie, Datenschutz und Privatsphäre – doch niemand hat Lust, sie zu beantworten. Es geht um staatliche Kontrolle, Regulierung, das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit, Netzneutralität, Urheberrecht, und vor allem darum, wie wichtig uns unsere persönlichen Daten sind. Es steht die Entscheidung an, welches Internet wir in Zukunft wollen. Eine Entscheidung, deren Konsequenzen sich in unserer Generation niemand entziehen kann. Darum ist es Zeit, diese Frage endlich anzugehen. „Wir müssen jetzt aktiv sein. Wenn niemand mehr über Überwachung nachdenkt, wenn sich Gewöhnung einstellt, ist es zu spät", meint Seitz.

Universitäten waren schon einmal Ausgangspunkt der revolutionären Idee eines freien Netzes. Sie könnten es heute ein zweites Mal sein. Doch wenn sie ihren digitalen Führungsanspruch im 21. Jahrhundert zurückgewinnen wollen, müssen sie sich beeilen. Es geht darum, wer seine Visionen einer virtuellen Gesellschaft der Zukunft als Erster über die Ziellinie bringt. Wenn Universitäten keine Lösungen finden, sollten sie beginnen, die richtigen Fragen zu stellen. Verschlüsselung kann dabei ein Ansatz sein, aber wird alleine nicht reichen. „Dieses Hochrüsten ist ein rein reaktives Verhalten. Es kann aus pragmatischen Gründen kurzfristig sinnvoll sein, langfristig ist es aber eher kontraproduktiv", sagt Sell. „Wir müssen am politischen Klima arbeiten, an den Ursachen der Überwachung und nicht an den Symptomen." Die Aussichten auf einen knappen Zieleinlauf werden mit jedem Tag schlechter.

In der achten Etage des Grimmzentrums betreibt die HU ihr eigenes Rechenzentrum. Aus dem Raum kommt ein leises Surren, überall blinken Lichter in grün, blau und rot. Die UnAufgefordert war für euch vor Ort: bit.ly/gzserver

WENN NIEMAND MEHR DIE ABHÖRPRAKTIKEN DER NSA AUFDECKT, SIND UNSERE DATEN DANN WIEDER PRIVAT?

DZI Spenden-Siegel

REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODEBB

REPORTER OHNE GRENZEN
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT
[20 JAHRE]

„Ein unsichtbarer Sicherheitsgurt“

Interview und Foto: Niklas Maamar

Felix Schwenzel hat Architektur studiert und arbeitet als Web-Entwickler. Auf seinem Blog wirres.net schreibt er über Netzthemen und alles, was ihn sonst noch interessiert – mittlerweile seit fast 14 Jahren. Die UnAufgefordert sprach mit ihm darüber, warum Überwachung durch den Staat gefährlich ist, sich trotzdem niemand wehrt und die Demokratie am Ende doch gewinnt.

UNAUFGEFORDERT: *Vor ziemlich genau einem Jahr wurde enthüllt, dass weltweit ein Großteil der Kommunikation im Internet überwacht wird. Haben Sie damit gerechnet?*

FELIX SCHWENZEL: Ja. Meine These ist, dass viele schon von den Abhöraktivitäten der Geheimdienste wussten. Die Vorstellung, Amerikaner können alles mitbekommen, was sie wollen, ist eigentlich uralt. Es ist auch nicht neu, dass Vater Staat weiß, was wir machen. Wir haben schon immer in einer Überwachungsgesellschaft im weiteren Sinne gelebt.

Schon immer? Auch vor dem Internet?

Ich denke schon. Geheimdienste sind ja angeblich eines der ältesten Gewerbe der Welt. Seit es Herrschaftsformen gibt, gibt es auch Überwachung. Das Internet hat nur die Möglichkeiten zur Überwachung vereinfacht. Überwachung, und damit einhergehend Unterdrückung, ist also nichts Neues. Wir in der westlichen Welt haben nur das Glück, im Moment zwar unter der Überwachung, aber nicht unter Unterdrückung zu leiden.

Ist Überwachung eine Gefahr für die Demokratie?

Ich halte nichts davon, ständig die Demokratie-Apokalypse an die Wand zu malen. Andererseits ist ein fortwährender Abbau der Grundrechte für die Demokratie sicherlich nicht förderlich. Die Situation erinnert mich ein wenig an die 70er-Jahre und Instrumente wie die Rasterfahndung. Das hat die Demokratie damals verkraftet, und ich glaube, die Überwachung von heute verkraftet sie auch. Solange wir uns dagegen wehren.

Sehen Sie denn in der Gesellschaft den Willen, sich gegen Überwachung zu wehren?

Die Hoffnungen auf einen Aufschrei in der breiteren Bevölkerung nach den Enthüllungen von Edward Snowden haben sich bisher ganz offensichtlich nicht erfüllt. An das Narrativ "Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten" glaubt noch immer eine große Mehrheit. Bei ganz vielen Menschen besteht das Gefühl, das Thema Überwachung gehe sie nichts an. Dazu kommt eine Aversion gegen technischen Fortschritt. Es ist gesellschaftlich akzeptiert, sich nicht mit diesen Problemen beschäftigen zu wollen.

Also protestieren wir nicht, weil wir das Internet nicht verstehen? Ist es wirklich "Neuland"?

Grundsätzlich ist das Internet für uns totales Neuland. Wir hätten diesem Merkelwort nicht mit Arroganz begegnen sollen, sondern mit dem Eingeständnis, dass es stimmt. Wir laufen nicht nur den technologischen Entwicklungen hinterher, sondern auch den gesellschaftlichen. Wir alle, nicht nur die Politik.

Muss jetzt nicht auch Druck auf die Politik ausgeübt werden?

Es fehlt nicht der Druck, sondern die Lösungsansätze. In der Diskussion um Internetsperren war der Wendepunkt der Diskussion ein Vorschlag der Netzgemeinde. Statt einfach „Nein" zu sagen, hieß es: „Löschen statt sperren!". Einen solchen Pragmatismus brauchen wir jetzt auch.

Außerdem müssen wir uns fragen, wer unser Gegner ist. Vom Staat zu verlangen, dass er uns vor Überwachung schützen soll, ist ein bisschen wie das Verlangen, dass der Staat uns vor Bürokratie beschützen solle.

Geht die Gefahr denn nicht viel eher von Unternehmen wie Google als vom Staat aus? Ein Großteil der Kommunikation im Internet läuft über die großen privaten Anbieter. Die sitzen direkt an der Quelle und haben es noch einfacher, Nutzer zu überwachen.

Das ist eines der klassischen Argumente von Leuten, die mehr in der physischen, als in der virtuellen Welt zuhause sind. Wer seine Daten freiwillig Facebook, Google & Co. anvertraut, könne über staatliche Überwachung ja nicht klagen. Dabei übersehen sie einen ganz wichtigen Punkt: Der Staat hat das Gewaltmonopol. Unternehmen können meine Daten auswerten und wirtschaftlich nutzen, der Staat kann mein Verhalten bestrafen. Sicher sind beide Formen der Überwachung unangenehm, aber Google kann mich wenigstens nicht in den Knast stecken.

Ist es denn überhaupt möglich, sicher zu kommunizieren?

Es ist wahnsinnig schwierig, aber möglich. Snowden hat es schließlich auch geschafft, Greenwald Interna aus der NSA zu schicken, ohne aufzufliegen. Letzlich ist es aber wie bei einer Wohnung. Egal, wie viele Schlösser an der Tür sind – eine Möglichkeit reinzukommen gibt es immer.

Ein Blick in die Zukunft. Was werden wir in zehn Jahren über den NSA-Skandal sagen?

Die Technik entwickelt sich so rasant, dass man schon von Jahr zu Jahr kaum mithalten kann. Was an Erosion von Privatsphäre passiert, ist erschütternd. Trotzdem werden wir lernen, uns gegen Überwachung zu wehren. Es ist immer ein Wettlauf mit den Algorithmen der Geheimdienste. Wahrscheinlich werden wir uns in zehn Jahren fragen, wie wir so blöd sein konnten, unverschlüsselte E-Mails zu schreiben. Genauso wie das Anschnallen beim Auto wird auch Verschlüsselung irgendwann in den Alltag Einzug halten. Nach einer Weile gewöhnt man sich daran. Erst wenn Verschlüsselung so tief in das System integriert ist, dass der Nutzer den Einsatz nicht mehr bemerkt, kann die breite Masse sicher kommunizieren. Sicherheit ohne Einschränkung der Bequemlichkeit muss das Ziel sein – als unsichtbarer Sicherheitsgurt.

Bis dahin hoffe ich, dass unsere Demokratie stark genug sein wird, die Geheimdienste wieder in ihre Schranken zurückzuweisen.

„EINER MEINER GRUNDSÄTZE IST, NICHTS IN E-MAILS ZU SCHREIBEN, VON DEM ICH MIR NICHT VORSTELLEN KANN, DASS ES ÖFFENTLICH WIRD."

Das ungekürzte Interview ab jetzt auf: bit.ly/schwenzel

POLITIK

Meinungssache

Interview: Niklas Maamar

Foto: Kay Herschelmann

DR. ANDREAS KELLER
Stellvertretender Vorsitzender und Vorstandsmitglied für Hochschulen und Forschung bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

UNAUFGEFORDERT: ***Die Bundesregierung hat beschlossen, wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, sechs zusätzliche Milliarden Euro in die Bereiche Bildung und Betreuung zu investieren. Was wird das für die Hochschulen konkret bedeuten?***

DR. ANDREAS KELLER: Die Koalitionsparteien haben angekündigt, die Länderhaushalte um sechs Milliarden Euro zu entlasten. Über die gesamte Wahlperiode gerechnet sind das also 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, im Durchschnitt weniger als 100 Millionen pro Land für alle Bildungsbereiche von der Kita über die Schule bis zur Hochschule. Ob die Länder das Geld tatsächlich für die Bildung einsetzen und wie viel davon bei den Hochschulen ankommt, kann die Bundesregierung aber gerade nicht garantieren. Es besteht die Gefahr, dass das Geld von den Ländern für ganz andere Zwecke ausgegeben wird oder schlicht von den Finanzministerinnen und Finanzministern einkassiert wird. Da die Länder in Kürze durch die Schuldenbremse zu einer drastischen Sparpolitik gezwungen werden, ist diese Sorge leider nicht ganz unbegründet.

Von dem Geld sollen doch immerhin Exzellenzinitiative und Hochschulpakt fortgesetzt werden. So fließt doch Geld direkt in die Hochschulen.

Mittlerweile muss auch die Kultusministerkonferenz zugeben, was die GEW von Anfang an vorhergesagt hat: Der sogenannte Studierendenberg ist kein Berg, dem eine Talfahrt folgt, sondern ein Hochplateau. Aufgrund einer immer höheren Bildungsbeteiligung werden die hohen Studienanfängerzahlen in absehbarer Zeit nicht zurückgehen. Der Hochschulpakt zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze muss daher aufgestockt und verstetigt werden. Erst dann kann überlegt werden, wie man zusätzlich durch spezielle Bund-Länder-Programme gezielte Anreize für exzellente Forschung oder innovative Lehre schafft. Es ist zu befürchten, dass Bund und Länder aber genau umgekehrt vorgehen: Die Exzellenzinitiative soll, koste es was es wolle, fortgesetzt werden, und wenn dann noch Geld übrig ist, denkt man an den Hochschulpakt.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gab außerdem bekannt, das BAföG werde in Zukunft alleine vom Bund finanziert. Ist das für Studierende positiv oder negativ?

Die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund wurde erfunden, um den Ländern – trotz Kooperationsverbot – unter die Arme greifen zu können. Inhaltlich begründet ist diese Reform nicht. Entscheidend für die Studierenden ist, ob die Große Koalition doch noch eine BAföG-Reform angeht.

Immerhin sollen doch zum Wintersemester 2016/17 die Regelsätze steigen.

Das würde bedeuten: sechs Jahre nach der letzten BAföG-Erhöhung 2010 und damit viel zu spät. Zwei komplette Bachelor-Kohorten würden leer ausgehen. Eine regelmäßige Erhöhung der BAföG-Sätze und Freibeträge sollte eigentlich selbstverständlich sein. Was wir darüber hinaus brauchen, ist eine echte Reform des BAföG. Wie andere Sozialleistungen muss auch das BAföG als Zuschuss ausgezahlt werden, der nicht zurückgezahlt werden muss.

Auch die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich soll verändert werden. Bisher ist es dem Bund nach dem Grundgesetz verboten, Hochschulen dauerhaft finanziell zu unterstützen. Wie könnte eine Neuregelung aussehen?

Man muss sich das einmal vorstellen: Deutschland leistet sich nicht nur das anachronistische Modell eines Bildungsföderalismus, das Grundgesetz verbietet sogar ausdrücklich, dass der Bund mit den Ländern in der Bildungspolitik kooperiert. Die GEW fordert ausdrücklich, dass dieses Kooperationsverbot vollständig aus der Verfassung gestrichen wird, nicht nur für die Hochschulen, sondern für die Bildung insgesamt. Stattdessen bräuchten wir eigentlich ein Kooperationsgebot für Bund und Länder – wie sonst soll unser Bildungssystem fürs 21. Jahrhundert fit gemacht werden? Wir brauchen einen Ausbau der Hochschulen auf Dauer und in der Fläche, und das wird nur funktionieren, wenn Bund und Länder an einem Strang ziehen.

WIE BITTE?

»Wir haben bisher keine konkreten Anhaltspunkte, dass die NASA den deutschen Telefon- und Internetverkehr systematisch überwacht hat.«

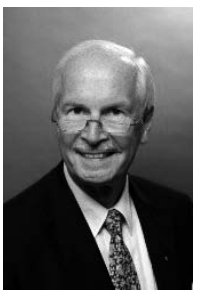
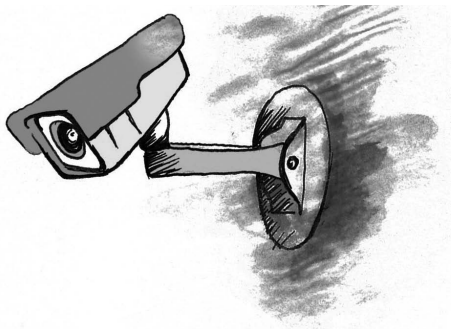


Foto: Generalbundesanwalt

Harald Range, 66
Generalbundesanwalt, im Dezemberg 2013 auf die Frage nach Ermittlungen zur Abhöraffäre.

Oh, du freiheitliche, Oh, du demokratische



An der Universität Potsdam werden Studierende vom Verfassungsschutz beobachtet.

Text: Johannes Metternich
Illustration: Marie Heinrichs

Die Hauptstadt des Landes Brandenburg, Potsdam, ist weithin bekannt für prachtvolle Schlossgärten, ausladende Seen und friedlich vor sich hin verfallende DDR-Bauten. Die Idylle trügt jedoch, wenn man dem Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Universität Potsdam Glauben schenkt: Diesem zufolge werden mehrere Studierende sowie studentische Einrichtungen der Universität vom Verfassungsschutz Brandenburg beobachtet. Offenbar gilt es aus Sicht der Behörden, Brandenburgs freiheitliche demokratische Grundordnung vor gefährlichen Studierenden zu schützen. Der Verfassungsschutz Brandenburg bestritt auf Anfrage eine regelmäßige Beobachtung von Studierenden oder studentischen Einrichtungen an der Uni Potsdam und sprach vage von „einzelnen Mitgliedern extremistischer Gruppierungen“, die an der Universität eingeschrieben seien und zu denen Daten gesammelt würden. Der AStA der Uni Potsdam hingegen weiß Genaueres zu berichten. Ein Student erfuhr, nachdem er im April 2013 einen Antrag auf Auskunftserteilung bei der Behörde stellte, dass er schon seit mehreren Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Und das bei diversen Anlässen: So fanden sich in den freigegebenen Akten Vermerke zur Teilnahme des Studierenden unter anderem an einer Satire-Veranstaltung über den Verfassungsschutz sowie eine Weihnachtsfeier im Dezember 2011. Außerdem gebe es weitere Personen, die Nachweise über die Beobachtung ihrer Tätigkeiten erhalten haben. So wurde nicht nur das Mitwirken bei Blockaden gegen Naziaufmärsche dokumentiert, sondern auch Mitgliedschaften in gemeinnützigen Organisationen, die etwa Bildungsveranstaltungen gegen Rassismus oder Sexismus veranstalten. „Somit war wohl das Auftauchen in einem bestimmten Verein oder einer Veranstaltung der Grund dafür, die Leute ins Visier zu nehmen“, schätzt Juliane Lehmann, Referentin für Sozialpolitik beim AStA.

Aus welchen genauen Gründen und seit wann die Studierenden beobachtet werden, geht aus den herausgegebenen Unterlagen des Verfassungsschutzes nicht hervor. Auch die Gesamtzahl der Studierenden unter Beobachtung ist unklar. Dennoch bezieht der AStA der Uni Potsdam klar Stellung: „Es ist verwunderlich und traurig zugleich, dass der brandenburgische Geheimdienst, einen Monat nach Bekanntwerden der Taten des NSU, nichts Besseres zu tun hat, als eine Weihnachtsfeier in Potsdam zu bespitzeln“, so Paul Möller, hochschulpolitischer Referent des AStA.

Anzeige

AMBergh Education

Lernen Sie die Sprache wo sie gesprochen wird

Russisch

Arabisch

Chinesisch

Stipendium

www.ambergh.com *oder Kontakten Sie uns* info@ambergh.com

„Es geht um die Verwirklichung des Humboldtschen Bildungsideals“

In einem Zeitungsartikel, der am 18. Mai im Berliner “Tagesspiegel” erschienen ist, prangert Martin Heger, Professor für Strafrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, zusammen mit seiner Professorenkollegin Gabriele Metzler gravierende Missstände in der Lehre an den Berliner Universitäten an. Die UnAuf sprach mit ihm über Ursachen und Lösungen der Probleme.

Interview: Johannes Metternich

UNAUFGEFORDERT: ***Herr Heger, was hat Sie dazu bewegt, diesen Artikel mit Frau Metzler zu veröffentlichen?***

MARTIN HEGER: Der ausschlaggebende Grund war ein Artikel, der wenige Tage zuvor ebenfalls im “Tagesspiegel“ erschienen war. Dort wurde berichtet, dass in einem Hochschulranking (dem CHE-Hochschulranking, Anm. d. Red.) die Berliner Universitäten, darunter eben auch die Humboldt-Universität, in manchen Bereichen als durchaus forschungsstark bewertet, in den gleichen Fächern die Studienbedingungen jedoch durchweg als durchschnittlich oder sogar schlecht kritisiert wurden. Das wollten wir nicht unkommentiert lassen.
Es mag sein, dass die Studienbedingungen in bestimmten Bereichen durchaus mangelhaft sind, dann sollten aber auch die Gründe dafür genannt werden. In vielen Fächern, überwiegend den Geisteswissenschaften, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und der Rechtswissenschaft, sind gute Studienbedingungen kaum möglich angesichts der Studierendenzahl, der Raumsituation und der Ausstattung der Einrichtungen. Das wollten wir in diesem Artikel herausstellen und so dem Berliner Senat, aber auch der Bundesregierung signalisieren, dass hier etwas getan werden muss und auch getan werden kann. Zum Beispiel, indem man Geld in mehr Professuren, größere Hörsäle oder bessere Bibliotheken investiert. Wenn man sich in Berlin einfach an der Exzellenz der Universitäten erfreut, während die Professoren immer mehr Lehre für immer mehr Studierende leisten sollen, funktioniert das irgendwann nicht mehr.

Wie kam es denn zu dieser Situation der Lehre, die Sie so dramatisch beschreiben?

Das grundlegende Problem ist, dass der Anwuchs an Studienplätzen in den letzten Jahren, der in seinem Umfang ursprünglich nur temporär sein sollte und mit den doppelten Abiturjahrgängen und dem Wegfallen der Wehrpflicht begründet wurde, zu einem Kontinuum geworden ist. In den neuen Hochschulverträgen wurde festgelegt, dass die Zahl der neu zu schaffenden Studienplätze auch in Zukunft auf dem gleichen Niveau wie dem Spitzenjahr 2012 bleibt. Wird dieses Niveau an jährlich neuen Studienplätzen von den Universitäten unterschritten, gibt es finanzielle Sanktionen. Den temporären massiven Anwuchs an Studienplätzen haben wir damals aus den gegebenen Gründen durchaus verstanden. Wenn sich dies jedoch verstetigt, müssen auch die Rahmenbedingungen langfristig angepasst werden. Das heißt, es müssen entsprechende Professuren und Stellen im akademischen Mittelbau geschaffen und adäquate Einrichtungen bereitgestellt werden.

Ein Schluss, den man ebenfalls aus dieser Situation ziehen könnte, wäre zum Beispiel, Studienplätze wieder mehr zu begrenzen, so dass weniger neue Studierende an die Universitäten kommen. Wäre das aus Ihrer Sicht eine adäquate Lösung des Problems?

Das sehe ich kritisch. Es geht nicht darum, die Studierendenzahl zu senken oder den Zugang zu einem Studium zu erschweren, sondern wir brauchen eine durchweg gute Bildung für möglichst viele. Dazu müssen, wie bereits gesagt, die Rahmenbedingungen der Lehre an den Aufwuchs an Studierenden angepasst werden. Werden in einem Fachbereich zum Beispiel 500 neue Studienplätze geschaffen, dann müssen gleichzeitig auch fünf neue Professuren eingerichtet werden. Und gibt es von einem Buch in der Bibliothek bislang nur fünf Exemplare, müssen eben einige dazugekauft werden.
Ein erster wichtiger Schritt wäre, die vielen befristeten Professuren in reguläre, ständige Professuren umzuwandeln. Es geht vor allem nicht darum, möglichst viele Lehrbeauftragte einzustellen, die für wenig Geld viele Semesterwochenstunden leisten, sondern das Humboldtsche Bildungsideal der Einheit von Lehre und Forschung stärker zu verwirklichen und dafür mehr Professoren zu engagieren.

Wer trägt die Verantwortung dafür, diese Situation zu verändern und Ihre Vorschläge umzusetzen?

Die größte Verantwortung trägt sicherlich der Berliner Senat. Die Besoldung der Hochschullehrer zum Beispiel wurde in den letzten Jahren stark gesenkt und gibt somit besonders starke Anreize zum Forschen, um dadurch zusätzliche Gelder über Drittmittel anzuwerben. Dementsprechend ist es verständlich, wenn viele Professoren ihre Prioritäten bei der Forschung setzen.

Foto: Privat

Dies ist jedoch vom Berliner Senat bewusst so gesteuert, und gute Lehre kommt dadurch deutlich zu kurz. Von daher ist eine Besoldungsreform dringend erforderlich. Darüber hinaus geht es vor allem nicht um jetzt sofort fließende Millionen, sondern um langfristige und nachhaltige Maßnahmen, die die Lehre stärken. Auch müssen die Gelder des Landes, die durch die künftige Finanzierung des BAföGs durch den Bund frei werden, dringend direkt in die Hochschulen fließen. Generell aber ist diese Entscheidung des Bundes ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Referent_innenRat der HU merkte in einer Reaktion auf Ihren Artikel kritisch an, dass die Verteilung von Geldern schon innerhalb der HU selbst beginne und zwar im Akademischen Senat, in welchem Frau Metzler und Sie Mitglieder sind. Dort werde zum Beispiel über den Universitätshaushalt und kostspielige Projekte wie die Fakultätsreform und die Exzellenzinitiative entschieden. Tragen nicht also auch Sie, als Mitglied im entscheidenden Organ der Universität, mit Verantwortung für die Situation, die Sie beschreiben?

In der Tat kosten die Exzellenzinitiative und die Fakultätsreform zunächst Geld. Allerdings haben wir dafür auch viel Geld bekommen, das ohne einen Antrag im Exzellenzwettbewerb nicht an die HU geflossen wäre. Das Problem ist, dass dieses Geld eben nur für Forschung und Governance, nicht aber im Schwerpunkt für die Lehre ausgegeben werden kann. Die Projekte für die Lehre, an denen sich die HU mit Unterstützung des Akademischen Senats auch erfolgreich beteiligt hat, sind schlicht viel weniger reichlich ausgestattet. Dieses Problem liegt jedoch nicht beim Akademischen Senat, sondern bei denjenigen – Bund und Ländern – die z.B. das Exzellenzprogramm ausgeschrieben haben. Ein Verzicht auf eine Beteiligung daran würde jedoch nicht dazu führen, dass wir das Geld statt für die Forschung für die Lehre bekommen.
Daher denke ich, dass die Vorhaltungen des Referent_innen-Rats an der tatsächlichen Situation vorbeigehen. Es geht nicht allein darum, im Akademischen Senat vorhandene Gelder nach selbst gesetzten Prioritäten zu verteilen; vielmehr sind große Teile bereits zweckgebunden, so dass sie nicht zweckentfremdet werden können. Daher bleibt nur, für die bislang zu kurz gekommenen Bereiche – wie die Lehre – ebenfalls Mittel zu fordern.

Was haben die Betroffenen, vor allem also die Mitglieder und Mitarbeiter der Universitäten, für Möglichkeiten, die Verhältnisse zu verändern?

Ich glaube, dass die Arbeit auf politischer Ebene immens wichtig ist und dass man sowohl dem Land Berlin als auch dem Bund deutlich machen muss, dass die Erhöhung der Studienplätze zwar machbar ist, aber nur bei gleichzeitiger Anpassung der Studienbedingungen. Daran sollten wiederum auch das Land und der Bund ein Interesse haben, schließlich sonnen sie sich gerne im Ruhm ihrer exzellenten Universitäten. Auch das Kooperationsverbot, das seit 2006 dem Bund eine Mitfinanzierung der Hochschulen verbietet, sollte schleunigst wieder aufgehoben werden.

Denken Sie, auch die Professoren können dabei eine besondere Rolle spielen?

Ich glaube auf jeden Fall, dass wir Professoren offen für bestimmte Protestformen sein sollen. Das muss kein Streik oder ähnliches sein, sondern kann vor allem darauf abzielen, dass man die Problematik einer größeren Öffentlichkeit vermittelt, und zwar mit den Mitteln, die dem Bildungsbetrieb eigen sind. Die Studierenden mögen ihren Streik machen, wir jedoch können Vorlesungen und Diskussionen organisieren, in denen bestimmte Facetten der Studierendenproteste, wie zum Beispiel der Bildungsstreik, aufgegriffen und von verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. So können wir, auch und besonders in Kooperation mit den Studierenden, unseren Beitrag zur Veränderung der gegenwärtigen Situation an den Berliner Hochschulen leisten.

STUDIEREN

Foto: Privat

...und was macht man dann damit?

RAINER SCHULZE, 42
Musikwissenschaft und Russistik

PFLEGER

Als ich 1995 endlich mein Abitur in der Tasche hatte, trat ich beim Deutschen Roten Kreuz meinen Zivildienst an. Danach wollte ich eigentlich Umwelt- und Naturschutz studieren, allerdings hatte ich nicht rechtzeitig alle nötigen Praktika zusammen. Also schob ich ein „Parksemester“ an der HU ein. Meine Wahl fiel auf Musikwissenschaft und Russistik, weil ich mich schon immer sehr für Musik und Sprache interessierte. Aus dem Parksemester wurde ein ganzes Studium. Doch als ich 2002 kein BAföG mehr bekam, musste ich mir einen Nebenjob suchen. Auf Empfehlung meiner Eltern hin wurde ich Pflegehelfer. Obwohl man sich natürlich mit Schichtdienst und mangelnden Aufstiegschancen erst einmal anfreunden muss, machte mir die Arbeit viel Spaß und vor allem hatte ich ein tolles Team um mich. So arbeitete ich auch nach meinem Studienabschluss 2006 dort weiter. Mittlerweile bin ich schon seit über zwölf Jahren in der ambulanten Hauskrankenpflege tätig. Meiner Leidenschaft für die Musik kann ich daneben im Universitätschor der HU nachgehen, wo ich mittlerweile ehrenamtlich Vorstandsvorsitzender bin. Bei der Arbeit nützt mir meine Uni-Erfahrung zwar wenig, aber vielleicht mache ich irgendwann ja nochmal etwas ganz anderes.

AUFGEZEICHNET VON SOPHIA SORGE

Damals unter den Linden

Als er unter den Linden wandelte und die Bank im Hörsaal drückte, hatte Berlin noch ein anderes Gesicht: Dank der jungen Universität pulsierte das Leben in der Friedrichstadt, und die großen Literaten, die heute als Romantiker bekannt sind, tauschten sich in privaten Salons aus. Auch ihn, der zu den bedeutendsten Lyrikern Deutschlands zählt, zog es damals von Göttingen in die aufstrebende preußische Metropole. Dass Heinrich Heine (1797-1856) nicht als Musterstudent galt und eher wegen der philosophischen Theorien Hegels als seines Jura-Studiums an die Berliner Uni wechselte, ist kein Geheimnis. Zeit seines Lebens widmete sich Heine dem Schreiben in all seinen Facetten – von Reisetagebüchern, ironischen Stadtbeschreibungen, journalistischen Texten und zwei Romanen bis hin zu seiner noch heute weltbekannten Lyrik.

ELISA VON HOF

Glosse

Diskriminiernix

Text: Malaika Jores
Illustration: Josephine Schulz

Ein Aufschrei, ein Beben, Existenzängste, Weltuntergangszenarien und Schlimmeres gingen um die Welt, als ein studentischer Arbeitskreis einen kreativen Vorschlag zur Handhabung der deutschen Sprache veröffentlichte. Was war geschehen? Kochen die Gemüter derart über, dann muss es wohl um Gender gehen. Die Initiative “Feministisch Sprachhandeln“ schlug vor, Personenbezeichnungen künftig auf x enden zu lassen. So wird aus den Studenten, Studentinnen und Studierenden bei Bedarf die Studierx. Diese Sprachanwendung soll angeblich Diskriminierung abbauen. Vor allem aber soll sie irritieren.

„Neusprech!“ titeln einschlägige Medien. Wird sich George Orwells Vision einer künstlich veränderten Sprache – von der herrschenden Klasse aus politischen Gründen eingeführt – tatsächlich bewahrheiten? Ein Schelm, wer sich fragt, wie eine studentische Initiative die herrschende Klasse darstellen und einer Nation Sprache diktieren kann. Schließlich herrscht doch sonst traute Einigkeit darüber, dass junge Menschen und vor allem Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Und so steigt der Heißluftballon, angefeuert von der Debatte um Gender, die Veränderung der Alltagssprache und die Übernahme der Weltherrschaft durch die Feministx immer höher in die Luft und lässt die Flucht vor einem sachlichen Umgang mit dem Geschlechterthema gelingen. Möge man nun für die Beteiligten hoffen, dass der schwer mit Klischees und Hetze beladene Ballon bloß nicht platzt – der Aufprall in der Realität könnte sehr hart werden.

Hart auf hart

Zum 31. März sollten an der HU zahlreiche Magisterstudiengänge auslaufen. Für Härtefälle waren Ausnahmen vorgesehen, doch nicht allen Anträgen wurde stattgegeben. Die Betroffen wehren sich nun dagegen vor Gericht.

Text: Hannes Schrader
Illustration: Josephine Schulz

Vier Semester wollte David* noch studieren. Als die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) ihn benachrichtigte, dass der letztmögliche Abschlusstermin für sein Magisterstudium auf den 31. März 2014 festgelegt wurde, bat er um vier zusätzliche Semester. Davids Studiengang war einer der 64 Magisterstudiengänge, die zu diesem Zeitpunkt ausliefen. Insgesamt waren davon 733 Studierende betroffen. Laut dem Hochschulvertrag von 2010 sind die Berliner Hochschulen verpflichtet, die Diplom- und Magisterstudiengänge 2013 aufzuheben. Die verbleibenden Studierenden wurden Anfang 2012 informiert und sollten ihr Studium bis zum 31. März abschließen. Wer das nicht schaffte, konnte in den Bachelor wechseln oder einen Härtefallantrag stellen. Wer nichts tat, oder wessen Antrag abgelehnt wurde, wurde exmatrikuliert. So wie David. Er führte Erkrankungen an, sein Engagement in der Hochschulpolitik und dass er arbeiten musste, um sich das Studium zu finanzieren. Vier Semester, schätzte er, würde er noch brauchen. Vier Semester zu viel, fand die HU und schickte ihm eine Absage: „Nicht stattgegeben“ steht fett gedruckt auf dem Schreiben. Wer sich so viel engagiere wie er, meint die HU, hätte sein Studium auch schneller abschließen können. Jetzt klagt er gegen die Entscheidung des Prüfungsausschusses. David ist nicht der Einzige in dieser Situation, 30 von 163 Anträgen hatte die HU bis Ende März abgelehnt.

Martin Trenczek vertritt einige der Studierenden, die die HU verklagen. Am Telefon rattert die Stimme des Anwalts wie ein Maschinengewehr. Die HU habe das Gesetz nicht gelesen, sagt er. Gemeint ist das Berliner Hochschulgesetz und der Abschnitt, den er zitiert, trägt die Nummer 126. „Diplom- und Magisterstudiengänge werden nicht mehr eingerichtet und weitergeführt“, steht da. Das hat sich die HU auch zu Herzen genommen. Aber da steht auch: „Die Hochschulen legen fest, zu welchem Zeitpunkt in den vorhandenen Diplom- und Magisterstudiengängen letztmals die Abschlussprüfung abgelegt werden kann; hierbei sind die Lebensumstände der betroffenen Studenten und Studentinnen angemessen zu berücksichtigen.“ Trenczek meint, die HU habe Rechtsbruch begangen, weil sie die letzten Prüfungstermine nicht zentral festgelegt, sondern die Verantwortung dafür an die Fakultäten weitergereicht hat. Außerdem seien die Studierenden zu spät darüber informiert worden, dass sie einen Härtefallantrag stellen konnten. Und die persönlichen Umstände der Studierenden seien nicht ausreichend gewichtet worden. Das Gesetz, sagt er, stehe über dem Hochschulvertrag, dieser verpflichte die HU also zu gar nichts. Wie viele Studierende er vertritt, darf Trenczek nicht sagen, aber sie seien im deutlich zweistelligen Bereich. Deutlich zweistellig sind wohl auch die Semesterzahlen der Kläger, denn von den 1.171 Studierenden, die im Wintersemester 2011/12 für Magisterstudiengänge eingeschrieben waren, sind nach Informationen der Senatsverwaltung 991 mindestens im 16. Semester. 265 von ihnen haben schon über 25 Semester studiert. Die Regelstudienzeit für den Magister liegt bei neun Semestern, beim Teilzeitstudium ist es das Doppelte. Auch die Semesterzahl auf Davids Immatrikulationsbescheinigung liegt deutlich darüber. Besonders an der Philosophischen Fakultät II liefen viele Studiengänge Ende März aus. Wer davon betroffen war, kam zu Barbara Gollmer. Sie ist dort die Referentin für Studium und Lehre, und wenn man sie fragt, wie ihre Erfahrungen mit den Studierenden waren, erzählt sie von gut besuchten Infoveranstaltungen und Studierenden, die froh waren, ihr Studium noch abschließen zu können. Einer habe ihr kürzlich Brownies gebacken. Gollmer und ihre Kollegen arbeiteten mit den Studierenden Pläne aus, wann welche Leistungen erbracht werden sollten, damit sie ihr Studium noch abschließen können. Die Prüfungstermine seien deshalb nicht zentral festgelegt worden, weil die Studiengänge unterschiedlich lange noch Magisterstudierende aufgenommen haben, sagt sie. Den Klagen sieht sie gelassen entgegen. Kürzlich habe das verantwortliche Verwaltungsgericht den Antrag einer Klägerin auf Prozesskostenhilfe verweigert. Das wertet sie als Zeichen, dass die Vorgehensweise der HU vom Gericht als rechtmäßig angesehen wird. Bis das Gericht allerdings entschieden hat, können noch ein paar Jahre vergehen. Darauf hofft auch David, denn solange das Verfahren läuft, ist die Exmatrikulation aufgeschoben, das heißt, er kann weiter studieren. Er muss also gar nicht gewinnen, um vielleicht doch noch seinen Abschluss zu erhalten. Mal sehen, wie es in vier Semestern aussieht.

**Name von der Redaktion geändert.*

LEBEN

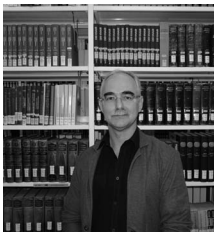


Foto: Elisa von Hof

Der Bibliothekar

JÖRG PLÖNZKE, 55 JAHRE

Studierende der fremdsprachlichen Philologien und der Germanistik begegnen ihm häufig. Mit einem freundlichen Wort auf den Lippen ist er stets zur Stelle, wenn es hakt: Funktioniert die Buchausleihe nicht oder läuft die Literaturrecherche für die Hausarbeit in eine Sackgasse, Jörg Plönzke, Leiter der Zweigbibliotheken Germanistik/Skandinavistik und Romanistik, hilft gern. Auf die Frage, was er an seinem Job am meisten schätzt, antwortet er: „Die Arbeit mit den Studenten." Und das merkt man.

Seit 1985 arbeitet Plönzke an der Humboldt-Universität und hat seitdem nicht nur Studienreform und Technologiewandel, sondern auch die Wende miterlebt. In den letzten 25 Jahren habe sich viel verändert, sagt der Diplom-Philologe. Die Studierenden seien heute disziplinierter und die Bibliotheken besser besucht, die Literaturrecherche sei durch technische Raffinessen leichter und seine Arbeit facettenreicher geworden.

Als er sein Studium begann, wollte Jörg Plönzke eigentlich Dolmetscher werden. „Doch zu DDR-Zeiten ging das nicht so leicht, deswegen habe ich mich entschieden, Fremdsprachenlehrer zu werden", erklärt der 55-Jährige. Und dann kam doch alles anders: Die Humboldt-Universität bot ihm schließlich einen Job in der Bibliothek an, den er annahm. Die Frage, ob er seine Jobwahl jemals bereut habe, beantwortet der Bibliothekar mit einem klaren „Nein, noch nie". Sein Wunsch für die Zukunft? „Mehr Platz für die circa 4.000 neuen Bücher pro Jahr."

ELISA VON HOF

Wo ist das? BILDERSUCHE AN DER HU.

Foto: Niklas Maamar

Die Auflösung findet ihr im nächsten Heft.
Lösung UnAuf 224: Figuren an der Fassade der Dorotheenstraße 26

Foto: Sebastian Beug

Rüschtisch jut: Aussicht von der Zionskirche

Dieser Tipp mit Ausblick soll zunächst mit einem Rückblick beginnen: Schon zur Zeit ihrer Eröffnung 1873 diente die Zionskirche als Orientierungs- und Aussichtspunkt in den neu entstandenen Arbeitervierteln. Der 67 Meter hohe Turm steht auf dem Weinberg, der damals höchsten Erhebung Berlins. Heute öffnet die Kirche fast jeden Sonntag die Wendeltreppe zur Aussichtsempore, etwa auf halber Turmhöhe gelegen. Für die Besteigung ist eine kleine Spende des Besuchers gerne gesehen. Am Geländer zieht dieser sich die schmalen Backsteinstufen empor. Beim Gegenverkehr, der überhaupt nur möglich ist, wenn sich zwei schmale Menschen begegnen, ist Balance und Turngeschick gefordert. Die Empore bietet Ausblick in drei Richtungen – Osten, Süden und Westen – und durch die Lage des Kirchturms auf einem Berg ist in der näheren Umgebung kaum ein Bauwerk höher.

Die Aussicht von der Zionskirche reicht vom Wasserturm im Kollwitzkiez über Friedrichshain, den Alexanderplatz, Reichstag, Teufelsberg und die Charité bis zum Flughafen Tegel. Der Perspektive geschuldet, erhebt sich die City West hinter dem Kanzleramt und der Steglitzer Kreisel scheint fast zum Gebäudeensemble des Potsdamer Platzes zu gehören. Dieser Blick über die Dächer von Mitte und Prenzlauer Berg ist ganz anders, als die bekannten Aussichten vom Fernsehturm oder der Kuppel des Reichstages und gerade deshalb Rüschtisch Jut. Fernglas nicht vergessen!

SEBASTIAN BEUG

ZIONSKIRCHE BERLIN
ZIONSKIRCHPLATZ, 10119 BERLIN
TURMBESTEIGUNG SONNTAGS 12 BIS 17 UHR

Überwacht

In seinem packenden Buch berichtet Journalist Glenn Greenwald von der Überwachung durch die NSA.

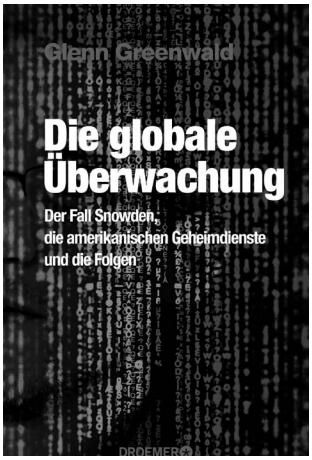


Foto: Droemer Knaur

Fast genau ein Jahr nach seinen ersten Veröffentlichungen über die weltweite Überwachung digitaler Kommunikation durch den amerikanischen Geheimdienst NSA gibt Glenn Greenwald, Verfassungsrechtler und Journalist des britischen "Guardian", in seinem Buch „Die globale Überwachung" nun einen umfassenden Überblick über das bisher bekannte Ausmaß der Überwachung durch die NSA und ihre Verbündeten. Greenwald zeigt detailliert, nachdem er ausführlich die erste Kontaktaufnahme und das Treffen mit Whistleblower Edward Snowden in Hongkong sowie die ersten Veröffentlichungen beschreibt, ein Geflecht von Überwachungsprogrammen und -techniken, gespeicherten Datenmassen, Gesetzen und Geheimgerichten, das so beeindruckend wie erschütternd ist. Auch wenn zwischen diversen technischen Begriffen und Codenamen manchmal die Orientierung verloren zu gehen droht – vom riesigen Umfang, den das Datensammeln der Geheimdienste seit den Anschlägen des 11. September angenommen hat, bekommen auch mit dem Internet weniger vertraute Leser eine Ahnung. Allerdings belässt Grennwald es nicht bei der bloßen Schilderung der Tatsachen, sondern nimmt die Rechtfertigungen der Überwachung durch die Politiker, denen zufolge das Abschöpfen von Kommunikationsdaten im Kampf gegen den Terror notwendig sei und rechtschaffene Bürger nichts zu befürchten hätten, Stück für Stück auseinander.

Doch wenn auch die Geheimdienste und deren Machenschaften Hauptziel von Greenwalds Kritik sind, richtet sich sein Zorn gegen andere: die amerikanischen Medien. Gnadenlos geht er mit einzelnen Medien, sogar Journalisten ins Gericht, die seine Enthüllungen relativieren oder gar kriminalisieren wollten und ihm zufolge eine grundlegend zu devote Haltung gegenüber der amerikanischen Regierung an den Tag legen. So ist diese Veröffentlichung nicht nur ein höchst informatives Sachbuch, sondern auch ein Versuch, die Aufgaben von echtem Journalismus in Abgrenzung zu den „Medien des Establishment" zu definieren: Diese nämlich „bedrohen niemanden, der Macht hat, und genau das ist das Ziel." Eine Lektüre, zu der man nur raten kann.

JOHANNES METTERNICH

"DIE GLOBALE ÜBERWACHUNG" VON GLENN GREENWALD
VERLAGSGRUPPE DROEMER KNAUR , 19,99 €
ERSCHIENEN AM 13.05.2014

Überwältigt

Die Ausstellung im Martin-Gropius-Bau zeigt Leben und Werk des Künstlers David Bowie.

Nach 36 Jahren kehrt David Bowie nach Berlin zurück. Nicht in persona, aber mit einer Retrospektive im Martin-Gropius-Bau, die sich den wichtigsten Stationen von Bowies Karriere widmet. Für die multimediale Ausstellung wurde das Archiv des Künstlers geöffnet, man kann originale Bühnen- und Videooutfits, Notizen, handgeschriebene Songtexte und Fotos bewundern. Begleitet wird der Besucher dabei von einem Audioguide, passend zu Videoausschnitten sind Interviews mit Bowie und seine Songs zu hören.

Foto: Promo

Bowies Ambition, nicht nur als Musiker, sondern als vielseitiger Künstler wahrgenommen zu werden, wird in der Ausstellung deutlich: Der Besucher erhält Einblicke sowohl in Bowies Ideen für Bühneninszenierungen und Outfits, als auch in seine Arbeit als Schauspieler und Maler. Herzstück der Ausstellung ist eine raumfüllende Projektion wechselnder Konzertausschnitte. So wird der pompöse Martin-Gropius-Bau zum Dancefloor.

Bowies Zeit in Berlin ist ein eigener Ausstellungsraum gewidmet: Von 1976 bis 1978 lebte Bowie in Schöneberg. Von der Drogenabhängigkeit zerrüttet, erholte er sich in Berlin und schätzte vor allem die Anonymität. Hier produzierte Bowie auch die vielleicht wichtigsten Alben seiner Karriere: "Low", "Heroes" und "Lodger", die sogenannte Berlin-Trilogie. "Heroes" erzählt vom im Schatten einer Mauer zusammenkommenden Liebespaar und wurde zum legendären Soundtrack des Films "Wir Kinder vom Bahnhof Zoo". Bei der durch die Kopfhörer des Audioguides dröhnenden deutschen Version des Songs fühlt man die Wucht dieser zeitlosen Hymne der Freiheit.

Die Berlin-Trilogie nahm Bowie ganz in der Nähe des Martin-Gropius-Baus, in den Hansa-Studios, auf. Und so hat man in der Ausstellung das Gefühl, dem Künstler näher zu kommen. Doch was den Menschen David Bowie bewegt, bleibt ein Mysterium. Will man die Bedeutung Bowies für und den Einfluss der Popkultur auf die Musikgeschichte verstehen, ist diese Ausstellung ein Muss – für Bowie-Fans sowieso.

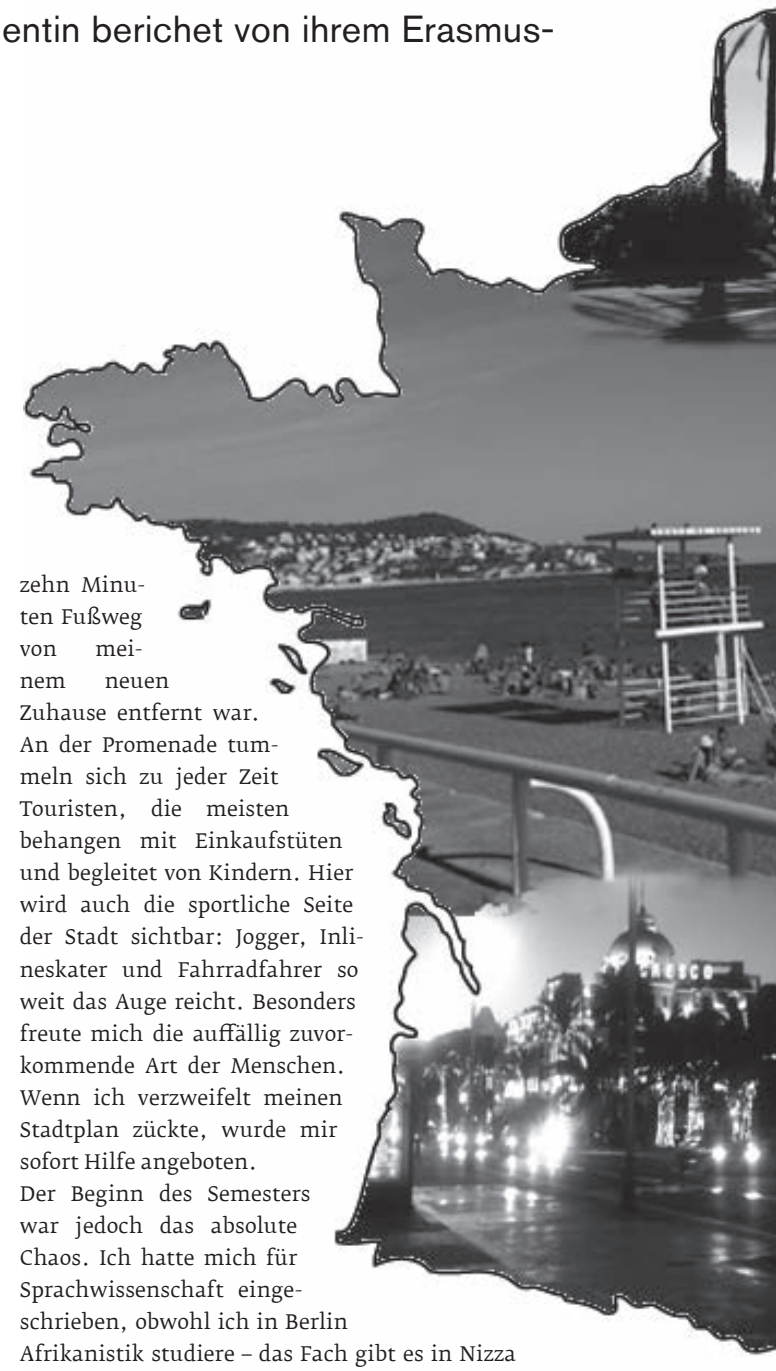
ANN-KRISTIN GROBE

"DAVID BOWIE"
MARTIN-GROPIUS-BAU
20. MAI BIS 10. AUGUST
TÄGLICH GEÖFFNET VON 10.00 BIS 20.00 UHR
EINTRITT: 14 €, ERMÄSSIGT 10 €

Leben woanders: Frankreich

Strand, Sonne und Stopfleber: Eine Studentin berichet von ihrem Erasmus-Semester in Nizza.

Text: Charlene Rautenberg
Illustration: Tiziana Krüger



Kein Zimmer und keine Idee, wo ich die Nacht verbringen sollte. So begann mein Auslandssemester Anfang September in Nizza, der fünftgrößten Stadt Frankreichs. Eine Stadt, von der ich zuvor nur wusste, dass sie eine Kunstmetropole ist und die Schönen und Reichen dort gerne ihren Urlaub verbringen.
Eine davon saß im Flugzeug hinter mir. Nachdem sie mehrmals von der Stewardess aufgefordert worden war, ihren Chihuahua in der Tasche zu verstauen, tat sie dies widerwillig und ärgerte sich zuerst über das Flugpersonal, dann über die überfüllten Strände Nizzas, an denen man Fleisch an Fleisch liege. Zum Glück hätte sie ihren eigenen Pool. Die Dame konnte mir meine Vorfreude auf mein Erasmus-Semester allerdings nicht nehmen.Als ich aus dem Flugzeug ausstieg, das türkisblaue Meer sah und mir die Sonne ins Gesicht schien, wusste ich, dass es die richtige Entscheidung war, nach Südfrankreich zu gehen. Ich wollte vor allem Nizzas maritime Kultur kennenlernen und mein Französisch verbessern.
Meine erste Nacht an der Côte d'Azur verbrachte ich dann in einem Hostel, das mir an der Touristeninformation des Flughafens empfohlen wurde. Mit einer meiner Zimmergenossinnen beschloss ich, am darauffolgenden Tag nach Monaco zu fahren. Von Nizza aus mit dem Zug ein Ausflug von etwa 20 Minuten. Der nach dem Vatikan zweitkleinste unabhängige Staat der Welt, in dem Ende Mai jährlich ein Grand Prix der Formel 1 ausgetragen wird, ist nicht nur zu dieser Zeit sehr eindrucksvoll. Am Hafen reihen sich auf Hochglanz polierte Yachten aneinander, und im weltweit bekannten Casino Monte Carlo mit seinem atemberaubenden Atrium aus Marmor und Gold wird man von der Security sehr genau gemustert, wenn man nicht mit dem Bentley vorfährt. Das konnte sich auch James Bond nicht entgehen lassen: Hier wurden "Casino Royale", "Golden Eye" und "Never Say Never Again" gedreht. Auch der Fürstenpalast mit seinem Schlossplatz und den Türmen aus Backstein lädt zum Träumen ein. Man fragt sich, ob Fürst Albert und Charlène von Monaco hinter den verspiegelten Fenstern wohl zurückwinken. Wird wahrscheinlich auf die Dauer anstrengend bei all den Touristen.
Ich hatte zwar viel Glitzer und Glamour gesehen, doch zurück in Nizza war ich noch immer obdachlos. In Deutschland hatte ich mich zwar für das Studentenwohnheim beworben, aber keine Antwort erhalten. Deshalb durchforschte ich noch am selben Abend die Wohnungsanzeigen und hatte Glück. Da ich mich in der Stadt nicht auskannte, holte mich der Vermieter für die Besichtigung im Hostel ab. Sein Zimmer war klein und überteuert, aber ich zog trotzdem ein, weil ich Angst hatte, nichts anderes zu finden und mit meinem Riesenkoffer nicht mehr durch die Gegend irren wollte. Als ich die erste Eidechse an der Badezimmerwand entdeckte, wurde es mir erst richtig klar: Willkommen im Süden!
Die ersten zwei Wochen waren wie Urlaub. Ich hatte noch keine Kurse und verbrachte deshalb jeden Tag am Strand, der nur zehn Minuten Fußweg von meinem neuen Zuhause entfernt war. An der Promenade tummeln sich zu jeder Zeit Touristen, die meisten behangen mit Einkaufstüten und begleitet von Kindern. Hier wird auch die sportliche Seite der Stadt sichtbar: Jogger, Inlineskater und Fahrradfahrer so weit das Auge reicht. Besonders freute mich die auffällig zuvorkommende Art der Menschen. Wenn ich verzweifelt meinen Stadtplan zückte, wurde mir sofort Hilfe angeboten.
Der Beginn des Semesters war jedoch das absolute Chaos. Ich hatte mich für Sprachwissenschaft eingeschrieben, obwohl ich in Berlin Afrikanistik studiere – das Fach gibt es in Nizza nämlich nicht. Die Kursräume waren nirgendwo angegeben und so irrte ich mit meinen rudimentären Französischkenntnissen durch das Gebäude. Dabei war ich nicht allein, auch meine französischen Kommilitonen waren verwirrt und oftmals konnte selbst das Sekretariat nicht weiterhelfen.
Die Kurssprache war Französisch und ich war überrascht, dass ich die Dozenten besser verstand als die meisten Studierenden. Das war sehr wichtig, denn in den Seminaren musste man wie in Vorlesungen durchgängig zuhören und alles mitschreiben. Diskussionen gab es keine. Was mir gut gefiel war das Sportkursangebot. Bei der Rückmeldung zahlt man einmalig 30 Euro und kann von Aerobic bis Zumba alle Kurse besuchen. Außerhalb der Uni verbrachte ich meine Zeit am liebsten in der Altstadt mit ihren verwinkelten Gassen. Dort gab es viele kleine Läden mit allem, was das Touristenherz begehrt: Provenzalische Seifen, Olivenöl, Kräuter und natürlich: Meeresfrüchte.

Diese wurden vor den Restaurants auf Eis ausgestellt und von den Mitarbeitern wie von Marktschreiern angepriesen.

Meine Lieblingsbar war "Le Sansas". Die Getränke waren sehr günstig und die Stimmung immer ausgelassen, besonders wenn einer der kubanischen Salsa-Abende stattfand. Jeder konnte mitmachen und auch Tanzmuffel wie ich wurden zum Tanzen aufgefordert. Jeden Donnerstag gab es einen Erasmus-Abend, an dem man andere Studierende besser kennenlernen konnte.

Ein weiteres Highlight war das Buffet im Casino in Nizza. Ein echter Geheimtipp unter den Erasmus- Studierenden, denn hier gab es Vorspeise, Hauptgang und Nachtisch kostenlos. Jung und Alt saßen bis tief in die Nacht an den Automaten, um ihr Geld zu verspielen. Auch ich habe mein Glück ein paar Mal versucht und tatsächlich zwei Mal einen guten Gewinn eingefahren. Dabei ist Vorsicht geboten, denn es macht wirklich süchtig! Nicht nur im Sommer hat Nizza viel zu bieten. Der Winter ist mild und die Stadt erstrahlt in neuem Glanz: Bunt beleuchtete Gebäude, übergroße Weihnachtsmänner, Kugeln und Sterne läuten die Weihnachtszeit ein, in der sogar die Palmen am Strand mit Lichterketten behängt sind. Der Weihnachtsmarkt ist etwas skurril: Kein Glühwein und keine Rostbratwurst, dafür aber Riesenrad, Eislaufbahn und Nürnberger Lebkuchen. Dazu Palmen, Sonnenschein und blühende Zitronenbäume – die Vorweihnachtsstimmung wollte sich bei mir einfach nicht so recht einstellen. Silvester wollte ich unbedingt an der französischen Riviera verbringen, doch war ich sehr überrascht: Während bei uns schon tagsüber geböllert wird, ist es dort selbst in der Nacht still. Ein Feuerwerk ist in Frankreich eher untypisch, der Abend wird ruhig mit Freunden oder der Familie verbracht. Traditionell gibt es Austern oder Stopfleber.

Während meines Auslandssemesters habe ich auch andere nahe gelegene Städte besucht. Durch die gute Zuganbindung konnte ich problemlos in kürzester Zeit nach Marseille, Grasse, Cannes und Ventimiglia (Italien) reisen. Grasse beeindruckte mich dabei besonders. Die Stadt der Düfte ist genauso, wie man sie sich in Patrick Süskinds Roman "Das Parfum" vorstellt. Die mittelalterliche Architektur, die winzigen Gassen und rund 30 ortsansässige traditionelle Parfumfabriken locken die Touristen in die 50.000-Einwohner-Stadt.

Vier Monate später zurück in Berlin ist aus Heimweh zwar wieder Fernweh geworden, doch traurig bin ich nicht: Schließlich heißt „Au revoir" auf Wiedersehen.

WIE KOMME ICH HIN?

Der Flug nach Nizza dauert etwa zwei Stunden und kostet hin und zurück je nach Reisezeit und Fluggesellschaft zwischen 80 und 300 Euro.

WIE KOMME ICH UNTER?

Wohnen in Nizza ist leider sehr teuer. Nach oben sind keine Grenzen gesetzt, doch wer die Atmosphäre genießen, nette Leute kennenlernen und den Geldbeutel nicht ganz plündern will, kann in einem der Jugendhostels unterkommen (ab 15-20 Euro pro Nacht).

WAS MUSS ICH BEACHTEN?

Nizza hat einen Steinstrand, deshalb unbedingt an Flip-Flops oder Badeschuhe denken! Außerdem ist der Alkoholgenuss auf den Gehwegen offiziell verboten.

WAS MUSS ICH MIR ANSCHAUEN ?

Das MAMAC, ein Museum für moderne Kunst beherbergt interessante Dauer- und Wechselausstellungen und hat eine Aussichtsplattform mit der besten Sicht über Nizza. Der Eintritt ist für Studierende wie in allen Museen kostenlos. Sehenswert ist auch der Wasserfall auf dem Colline du Château, einem Hügel zwischen Altstadt und Hafen.

Anzeige

Worauf wartest du?

Studierende warten immer und überall. Was bewegt uns dabei wirklich?
Diesmal: Ramadan am 28. Juni.

Protokoll und Foto: Hannes Schrader

Mehdi Chahrour, 25, studiert Jura an der FU Berlin.

Der Ramadan ist für mich etwas ganz Besonderes. Er ist der neunte Monat des islamischen Mondkalenders und der Monat, in dem der Koran auf die Erde gesandt wurde. Einen Monat lang werde ich von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang auf Essen und Trinken verzichten. Erst wenn die Sonne untergegangen ist, breche ich das Fasten mit einer Dattel – eine Tradition, die auf den Propheten Mohammed zurück geht. Er aß die Dattel und bot sie anderen an, denn nehmen füllt die Hand, aber geben füllt das Herz.

Deswegen ist der Ramadan auch der Monat der Zusammenkunft und des Gebens. Er wird gemeinsam begangen und das Fasten gemeinsam gebrochen, so sehe ich während des Ramadan meine Familie und Freunde viel öfter. Dafür steht der Teller Datteln: Bevor ich selbst esse, teile ich mit allen, mit denen ich das Fasten breche. Im Ramadan besinne ich mich auf die Dinge, die mir wichtig sind, komme zu mir und erlebe meinen Glaube intensiver. Ich werde mir über meine Bedürfnisse klar und lerne, mich ihnen nicht zu unterwerfen.

WIR SUCHEN DICH

Wir, das Team der HU-Studierendenzeitung, suchen

Redakteure, Fotografen und **Illustratoren.**

Seid ihr *kreativ, engagiert* und habt Lust auf kritischen Journalismus?

Bei uns könnt ihr lernen,
wie man Reportagen schreibt,
Interviews führt und tolle Fotos schießt.
Bei uns könnt ihr *sofort einsteigen*
und euren Beitrag zu Deutschlands bester Studierendenzeitung leisten.

Kommt vorbei!
zu unserer offenen Redaktionssitzung,
immer *montags um 18.30 Uhr*
in der Invalidenstraße 110, Raum 118

Oder schreibt eine Mail an:
redaktion@unauf.de

Aktiv für Ihre Gesundheit
Machen Sie's wie Magdalena Neuner und halten Sie sich mit Bewegung fit. Die TK-Leistungen unterstützen Sie dabei. Zum Beispiel:

- **Sportmedizinische Untersuchung**
  Die TK erstattet ihren Versicherten 80 Prozent der Kosten
- **TK-FitnessCoach**
  Ihr persönliches Online-Fitnessprogramm

Nur zwei von mehr als 10.000 Leistungen der TK. Wir beraten Sie gern ausführlich.

Lutz Matuschke
Kundenberater
Tel. 030-400 44 8660
Fax 030-400 44 8600
lutz.matuschke@tk.de

www.tk.de/vt/Lutz.Matuschke

Jetzt wechseln und **80 Euro TK-Dividende** für 2014 sichern!

„Wer sich bewegt, gewinnt!"

Magdalena Neuner, erfolgreichste Biathletin aller Zeiten

Techniker Krankenkasse
Gesund in die Zukunft.